Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

General-Anzeiger

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 6.- Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 19.50 Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 46 Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckamt Elberfeld Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15508.

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (35 mm breit) 35 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 216 — Dienstag, den 13. September 1921. — 44 Jahrgang

Neustes vom Tage.

Nunmehr hat das gesamte bayrische Kabinett seinen Platz verlassen.

Das Münchener Zentrum stellt dem gestürzten Herrn von Kahr ein Vertrauensvotum aus.

Im Reichswirtschaftsrat wurde Montag die Rennpreisteuer allgemein auf 20 Prozent festgesetzt.

Die englische Regierung hat die Abhaltung des deutschdemokratischen Parteitags in Köln für unerwünscht erklärt.

Die Zollkontrolle im Westen, die Mitte September ablaufen sollte, wurde von den Feinden zur Schikane entwickelt.

An der Berliner Börse stieg Montag der Dollar weiter auf 108 ℳ (Rekord.)

Polens Regierung hat wegen Schwierigkeiten der Gesamtlage ihren Abschied eingereicht.

Dallen soll in dem von ungarischen Banden terrorisierten österreichischen Burgenland Ordnung schaffen.

Den Oesterreichern soll mit 5 Millionen Pfund Sterling unter die Arme gegriffen werden.

Auf dem Brüsseler Negertag wurde die Gleichberechtigung aller Menschenfarben verkündet.

Bei Entgleisung des Schnellzugs Straßburg-Lyon kamen 38 Menschen ums Leben.

Auch die Franzosen erlitten durch die von ihnen aufgewiegelten Kabylen Schläge.

Der Kurssturz.

Es ist unbegreiflich, daß von Seiten der maßgebenden Stellen dem Börsetreiben der letzten Zeit nicht in der entschiedensten Weise gewehrt wird. Der Kurssturz der jüngsten Tage, der den amerikanischen Dollar über 100 Mark trieb und damit die deutsche Mark auf 4 Pfennig herabdrückte, ist nämlich in den inneren und äußeren Verhältnissen des Deutschen Reiches in keiner Weise begründet.

Wenn auch gewiß die deutsche Mark im Auslande, wo sie zu Milliarden gehäuft liegt, vielfach zu Spekulationszwecken benutzt wird, so steht doch angesichts der jetzigen Vorgänge fest, daß die Baisse-Bewegung der deutschen Reichsmark gegenüber und damit die fabelhafte Hausse des amerikanischen Dollars von deutscher Seite ausgehen. Die amerikanische Bank- und Finanzwelt hat ausdrücklich erklärt, daß von amerikanischer Seite aus nicht das geringste veranlaßt worden sei, um den Dollar in die Höhe zu treiben, daß vielmehr die Gründe für den panikartigen Kurssturz der deutschen Mark in Deutschland selber liegen. Auf das Treiben der Berliner Börse und den dort gradezu erzwungenen Sturz der Reichsmark wird naturgemäß die Newyorker Börse gar nicht anders als mit einer Höher-Schraubung des Dollars antworten können. So haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß die deutsche Mark gegenwärtig an den Auslandsbörsen vielfach höher bewertet wird, als in Deutschland selber. Das ist eine beschämende Feststellung, die das Verhalten gewisser deutscher Kreise illustriert, denen Geld und Gewinn alles ist, die dabei auch über die Lebensinteressen des deutschen Volkes schreiten.

Die unmittelbare Gefahr für die deutsche Wirtschaft liegt in der immer größeren Schwierigkeit für die deutsche Reichsfinanzverwaltung, die zu Reparationszwecken erforderlichen Auslands-Devisen sich zu sichern. Die maßlose Devisen-Spekulation hat zu einer Devisen-Hamsterei geführt, die die Reichsregierung zur Aufwendung immer höherer Summen zwingt. Die ins fabelhafte gehenden Kosten muß man schließlich doch wieder die Allgemeinheit des Volkes aufbringen. Es ist ein Börsenblatt selber, das gegen diese Zustände auf das schwerste Einspruch erhebt. Im Anschluß an die Meldung, daß die Newyorker Börse den neuerlichen Rückgang der Mark mit den Vorkommnissen an der Berliner Börse in Zusammenhang bringt, schreibt das „Berliner Tageblatt.":

„Es ist klar, daß dieses Verhalten der hiesigen Spekulation im Ausland großes Erstaunen hervorrufen und dazu führen muß, daß das Ausland den letzten Rest von Vertrauen, den es noch zu unserer Valuta hat, verliert. Wir haben auf die ungesunden Verhältnisse, die am hiesigen Devisenmarkt bestehen, schon oft aufmerksam gemacht und sie sind in der Oeffentlichkeit auch zur Genüge bekannt. Man muß annehmen, daß die Stellen, die mit der Aufsicht über die Börse betraut sind, ebenfalls diese Kenntnis besitzen, und sich daher um so mehr wundern, daß zur Eindämmung der maßlosen Devisenspekulation und Devisenhamsterei nicht das Mindeste geschieht."

In der „Vossischen Zeitung" wurde am gleichen Tage (Morgenausgabe) zum Ausdruck gebracht, daß der „Deutsche Pessimismus" „zweifellos im Augenblick die Mark so rapide in die Tiefe treibt." Auch diese Zeitung erklärt, daß der Kurssturz in der inneren Lage Deutschlands keinerlei Berechtigung habe, daß er vielmehr „das Werk der deutschen Börse" sei. Hier habe sich „plötzlich eine Kopflosigkeit geltend gemacht, die keine Grenzen mehr kennt." Daß diese durch das Börsentreiben zum Ausdruck kommende Maßlosigkeit hinsichtlich der Beurteilung der deutschen Zukunft von schwerster Rückwirkung auf die Bewertung des deutschen Kredits und der deutschen Wirtschaftskraft im Auslande ist, liegt auf der Hand.

Mit diesen beschämenden Zuständen muß raschestens ein Ende gemacht werden, schon deshalb, weil das ganze Volk darunter leidet. Es ist ein unerträglicher und den heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten gradezu hohnsprechender Zustand, daß um des Privatgewinnes eines Kreises von Spekulanten, die noch aus der Not des Volkes und Vaterlandes Profit zu schlagen suchen, das Volk in seiner Gesamtheit leiden soll. Diese Dinge stehen in allerengstem Zusammenhange mit unserem ganzen Finanz- und Wirtschafts-Gebaren der nächsten Zeit. Wenn es nicht gelingt, den Stand der Mark wenigstens einigermaßen stabil zu halten, dann hat keine Finanzmaßnahme irgend einen praktischen Zweck, dann ist aber auch jede Steuerpolitik im Voraus zum Scheitern verurteilt.

Wenn den gegenwärtigen Zuständen mit normalen Mitteln nicht beizukommen ist. Dann wird die Reichsregierung sich dazu entschließen müssen, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, und diese rücksichtslos durchzuführen, um in letzter Stunde den völligen Zusammenbruch zu verhüten.

Münchner Erschütterungen.

Alle bayrischen Minister abgetreten.

Das Zentrum verleugnet den parlamentarischen Ausschuß.

Durch Aushang der G. Z. wurde Montag nachmittag folgende Drahtung bekannt gegeben:

München, 12. Sept. Die politische Lage hat heute eine weitere Klärung dadurch erfahren, daß das gesamte Ministerium sich v. Kahr angeschlossen hat und zurückgetreten ist. Damit ist die Frage, ob das Rumpfkabinett ohne Justizminister und ohne Ministerpräsidenten einen stellvertretenden Ministerpräsidenten ernennen sollte, der mit der Reichsregierung an der Hand des Beschlusses des ständigen Landtagsausschusses verhandele, mit entschieden. Das gesamte Kabinett sieht sich zu den Verhandlungen außerstande, führt aber verfassungsmäßig bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiter. Auf welcher Grundlage diese neue Regierungsbildung erfolgt, ist noch unklar.

Die Korrespondenz der Bayrischen Volkspartei erklärt, daß auch heute noch Dr. von

Kahr der Mann des Vertrauens

der Koalitionsparteien und der großen Mehrheit der bayrischen Volkspartei sei, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er sich zu dem großen Opfer durchringen möge, auch fernerhin dem Lande seine Dienste zur Verfügung zu stellen. Die Abstimmung der Bayrischen Volkspartei sei kein Akt des Mißtrauens gewesen, sondern nur erfolgt in dem Glauben, auf diesem Wege eher einen Ausgleich mit der Reichsregierung finden zu können.

Die Münchener Zeitung schreibt, man müsse sich darüber klar sein, daß Herr von Kahr immer das Vertrauen einer überwältigenden Mehrheit des Landes für sich haben werde.

Der U.-Ausschuß über die Lage.

Berlin, 12 Sept. Im Untersuchungsausschuß des Reichstages kennzeichnete Abg. **Beyerle** (bayr. Vp.) die bayrische Krisis. Der Ernst der Lage ergebe sich aus der Tatsache, daß die Forderungen von sämtlichen Parteien der bayrischen Koalition einschließlich der Mittelpartei (Deutschnationale) gestellt sind, und daß auch die Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten nicht widersprochen haben.

Reichskanzler Dr. Wirth legte dar, daß die Fassung des § 4, die die Herren aus Bayern jetzt nach München mitgebracht hätten, auf die Auslegung der bayrischen Vertreter zurückgehe. Die amtliche Erklärung der bayrischen Regierung liege nicht vor. Er habe sich nur kurz mit den bayrischen Vertretern unterhalten können. Es sei also heute

ganz unmöglich, ablehnend dem Verlangen der bayrischen Koalitionsparteien zu entsprechen.

Dr. Wirth sagte weiter, durch den Rücktritt des bayrischen Ministerpräsidenten von Kahr sei eine neue politische Lage geschaffen. Ich bin durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die letzthin geführten Verhandlungen nicht als unmöglich erscheint, zu einer annehmbaren Basis zu kommen. Die Herren, die aus Bayern da waren, haben wiederholt erklärt, daß sie nicht zu einem Abschluß der Verhandlungen nach Berlin gekommen seien, sondern sie hätten immer den Vorbehalt gemacht, daß das, was vereinbart wird, sowohl der Nachprüfung durch den Bayrischen Landtag wie durch das bayrische Gesamtministerium bedarf.

Abg. Hergt (Deutschn.) führte aus, daß der jetzt vorgeschlagene Kompromiß den deutschnationalen Auffassungen nicht genüge. Die Frage des Belagerungszustandes hätte überhaupt nichts mit dem über einzelne Bevölkerungsteile verhängten Ausnahmezustand zu tun. Der Vorbehalt der Herren Kahr und Roth war durchaus berechtigt.

Abg. **Dittmann** (Unabh.) führte aus: Wir wünschen, daß die Reichsregierung die Ausführung der Bestimmungen der Verordnungen des Reichspräsidenten selbst in die Hand nehme und in München einen Reichs- und Staatskommissar bestellt. Die deutschnationale **Mörderclique** hat auf ihrer Liste an zweiter Stelle Dr. Rathenau und an dritter Stelle Dr. Wirth stehen. (Zurufe bei den Deutschnationalen: Unerhörte Verleumdung.)

Der Vorsitzende rügt diesen Zwischenruf.

Verhaftung eines unabhängigen Abgeordneten.

München, 12. Sept. Der unabhängige Landtagsabgeordnete **Fischer** aus Nürnberg, der am letzten Donnerstag in der Massenversammlung der Unabhängigen in München die bevorstehende Ausrufung **Nordbayerns als Republik** angekündigt hat, ist in Nürnberg verhaftet und in einem Automobil nach München gebracht worden. Die Verhaftung erfolgte durch einen Haftbefehl des Münchener Staatsanwalts.

Hirschfeld entlassen.

Der gegen Oltwig von Hirschfeld (der wegen eines im vorigen Jahr versuchten Attentates auf Erzberger verurteilt wurde und unter Verdacht, Erzberger ermordet zu haben, erneut festgenommen worden war) erlassene Haftbefehl ist vom Landgericht in Offenburg aufgehoben worden.

Zur ungarischen Krisis.

Ein Rätsel des Verrates.

Paris, 12. Sept. Die Botschafter-Konferenz hat an den ungarischen Gesandten in Paris eine Note über die Lage in den westungarischen Grafschaften gerichtet. In der Note wird festgestellt, daß die von den ungarischen Banden und Teilen regulärer ungarischer Truppen begangenen Gewalttätigkeiten unmittelbar der Budapester **Regierung zur Last** fallen. Dementsprechend wird die ungarische Regierung aufgefordert, unverzüglich die beiden Zonen der Grafschaften zu räumen. Wenn diese Räumung nicht in kürzester Frist erfolge und wenn die ungarische Regierung in ihrer Haltung beharre, so würden Strafmaßnahmen getroffen werden, um die Ausführung des Friedensvertrages von Trianon sicherzustellen.

Italien will eingreifen.

Wien, 12. Sept. Die italienische Regierung hat in Paris und London das Ansuchen gestellt, mit der Erledigung der westungarischen Frage auf diplomatischem und militärischem Wege betraut zu werden. England habe gegen diesen Vorschlag nichts einwenden wollen, aber die französische Regierung habe Schwierigkeiten gemacht. Schließlich sei doch Italien mit seinem Wunsche durchgedrungen, und die italienische Regierung habe bereits heute in Budapest wissen lassen, daß sie seitens des Verbandes mit einer energischen Aktion betraut worden sei. Auch der ungarische Geschäftsträger wurde in diesem Sinne verständigt.

Die Vermögenzuwachssteuer.

Neben der großen Vermögensteuer, über die wir uns in den Spalten unserer Zeitung bereits ausführlich ausgesprochen haben, sieht das Steuerprogramm der Reichsregierung noch eine Vermögenzuwachssteuer vor. Das erste Besitzsteuergesetz wurde 1913 geschaffen. Damals aber gab es direkte Steuern des Reiches noch nicht. Die Bundesstaaten allein waren für die Erhebung dieser direkten Steuern zuständig. Der Wehrbeitrag des Jahres 1913 war lediglich ein einmaliges Opfer zur Deckung der Ausgaben für die neue Wehr-Vorlage.

Im Anschluß an diese einmalige Abgabe schuf man dann eine **Besitzsteuer**, die man Vermögenzuwachssteuer nannte. Durch diese Formulierung kam man den Wünschen der Bundesstaaten entgegen. Sie brauchten einen Eingriff in ihre Rechte auf die direkte Heranziehung des Vermögens nicht zu befürchten. Diese Besitzsteuer ist bis jetzt zweimal erhoben worden. Einmal für den in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916 entstandenen Zuwachs, und sodann für den Zuwachs, der in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis 31. Dezember 1919 eingetreten ist. Beide Male liefen aber neben der Besitzsteuer weit umfassendere Steuern her, das erste Mal die Kriegsteuer 1916 mit Sätzen bis 60 v. H., das zweite Mal die große Kriegsabgabe vom Vermögenzuwachs. Da diese Abgabe Sätze bis 100 v. H. des Vermögenzuwachses aufwies, wurde durch das Gesetz vom 30. April 1919 über die Veranlagung der Besitzsteuer auf den 31. Dezember 1919 verordnet, daß der im Veranlagungszeitraum entstandene Zuwachs, der bereits der Kriegsabgabe vom Vermögenzuwachs unterlegen hatte, besitzsteuerfrei bleiben sollte. Durch diese beiden großen Kriegsteuern ist somit die Bedeutung der Besitzsteuer bisher stark zurückgetreten.

Würde jetzt auf gesetzgeberischem Wege nichts Besonderes geschehen, so würde die dritte Veranlagung im Frühjahr 1923 für den in der Zeit vom 1. Jan. 1920 bis 31. Dezember 1922 entstandenen Vermögenzuwachs zu erfolgen haben. Seit Herbst 1919 haben sich nun aber auf dem Gebiete der direkten Reichsteuern tiefgreifende Aenderungen vollzogen. Zunächst trat am 1. September 1919 das neue Erbschaftsteuergesetz in Kraft, das auch die Verhältnisse der Ehegatten und Abkömmlinge einbezieht und stark progressive Sätze aufweist. Durch Gesetz vom 31. Dezember 1919 wurde das Reichsnotopfer eingeführt, vom damaligen Standpunkte an sich eine einmalige große Vermögensabgabe, in Wahrheit aber mit Rücksicht auf die zugelassenen Tilgungsrenten eine laufende Vermögensteuer, die allerdings zum Teil bei Substanz entnommen werden sollte. Am März 1920 folgten dann die Reichseinkommensteuer der natürlichen Personen und die Körperschaftsteuer (die Einkommensteuer der Erwerbsgesellschaften und sonstigen Körperschaften), endlich die Kapitalertragssteuer. Damit ist alles das, was die Besitzsteuer nur mittelbar erfaßte, vom Reiche unmittelbar erfaßt worden.

Schon der Nationalversammlung lag auf Grund der veränderten Rechtslage ein Entwurf zur Abänderung des geltenden Besitzsteuergesetzes vor. Zu einer Erledigung wurde er jedoch nicht gebracht. Der neugewählte Reichstag hat sich bislang mit diesem Problem nicht weiter befaßt. Das Besitzsteuergesetz in seiner geltenden Form kann unter den veränderten Verhältnissen nicht aufrecht erhalten werden. Daher kam man zur Vorlage eines abgeänderten Besitzsteuergesetzes. Man hat ihm den den tatsächlichen Verhältnissen mehr entsprechenden Namen „Vermögenzuwachssteuergesetz" gegeben. Die hauptsächlichsten Aenderungen gegenüber der bisher geltenden Besitzsteuer sind nach der allgemeinen Begründung, die die Reichsregierung dem Gesetz mit auf den Weg gibt, die folgenden: „Da die Vermögenzuwachssteuer gleichzeitig mit der Vermögensteuer veranlagt werden soll, so muß für beide Steuern das gleiche Vermögen zugrunde gelegt werden. Demgemäß ist im § 5 des Entwurfes vorgeschrieben, daß der Vermögenzuwachs aus der Vergleichung des zur Vermögensteuer festgestellten Wertes des Vermögens am Ende des Veranlagungszeitraumes mit den zur Vermögensteuer festgestellten Werte des Vermögens am Anfang des Veranlagungszeitraumes zu ermitteln ist."

Die gleichzeitige Veranlagung beider Steuern hat weiter zur Folge, daß auch die Bewertung des Vermögens nach den gleichen Grundsätzen erfolgen muß; denn es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß Steuerpflichtige auf einen und denselben Stichtag ihr Vermögen verschieden hoch zu bewerten haben. Darin liegt eine erhebliche Neuerung gegenüber der geltenden Besitzsteuer. Nicht

der Vermögenszuwachssteuer sollen unterliegen Erbschaften und Schenkungen, weil sie bereits von einer hohen Sondersteuer, der Erbschafts- oder Schenkungsteuer, erfaßt worden sind.

Der Satz der geltenden Besitzsteuer beträgt 0,75 v. H. des Zuwachses für die ersten 50 000 Mk. und steigt bis 1,50 v. H. bei einem Zuwachs von 1 Million Mark. Je nach der Höhe des sonstigen Vermögens des Steuerpflichtigen tritt hierzu ein Zuschlag von 0,1 bis 1 v. H. des Zuwachses, sobald der Höchstsatz 2,5 v. H. beträgt. Die Abgabe wird nicht erhoben, wenn der Zuwachs den Betrag von 10 000 Mk. nicht übersteigt, außerdem sind Vermögen im Gesamtwert von 20 000 Mk. von der Besitzsteuer frei. Den veränderten Verhältnissen trägt der Entwurf einerseits durch Erhöhung der Steuersätze, anderseits durch Erhöhung der Freigrenzen Rechnung. Solange ein Vermögen nicht mehr als 100 000 Mk. beträgt, kommt eine Steuer vom Zuwachs, gleichviel wie hoch er ist, überhaupt nicht zur Erhebung. Im Uebrigen bleibt ein Zuwachs frei, der 25 000 Mk. nicht übersteigt. Der Steuersatz beginnt mit 1 v. H. für die ersten 100 000 Mk. und erreicht bei Zuwachsbeträgen über 6 Millionen Mk. den Höchstsatz von 10 v. H. Es sind also beispielsweise zu zahlen bei einem Zuwachs von

100 000 Mk.	eine Steuer von 1000 Mk.	=	1,0 v. H.,
bis 300 000 Mk.	5 000 Mk.	=	1,6,
500 000 Mk.	10 000 Mk.	=	2,0,
1 000 000 Mk.	30 000 Mk.	=	3,0,
3 000 000 Mk.	140 000 Mk.	=	4,6,
5 000 000 Mk.	290 000 Mk.	=	5,8,
10 000 000 Mk.	780 000 Mk.	=	7,8.

Als erstes steuerbares Anfangsvermögen soll das erstmals zur Vermögensteuer festgestellte Vermögen, also der Vermögensstand vom 31. Dezember 1922 gelten. Die erste Veranlagung zur Vermögenszuwachssteuer würde somit im Frühjahr 1926 für den in der Zeit vom 1. Juni 1923 bis 31. Dezember 1925 entstandenen Vermögenszuwachs zu erfolgen haben. Der in der Zeit vom 30. Juni 1919 bis 31. Dezember 1921 entstandene Zuwachs soll durch die gleichzeitig mit diesem Entwurf vorgeschlagene Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit (Nachkriegsgewinnsteuer) erfaßt werden. Welche Erträge die Vermögenszuwachssteuer liefern wird, läßt sich schwer sagen. Die Entscheidung dieser Frage hängt in erster Linie von der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens und den sich daraus ergebenden Gewinnchancen ab. Die Vermögenszuwachssteuer stellt den Schlußstein der Besitzbelastung dar, die sich nunmehr wie folgt zusammensetzt:

Zunächst wird das Einkommen der Einzelpersonen von der Reichseinkommensteuer erfaßt. Das fundierte, d. h. aus Vermögensbesitz stehende Einkommen unterliegt daneben den Ertragsteuer (Grund- und Gebäude, Gewerbe- und Kapitalertragsteuer). Das Einkommen der Körperschaften wird von der Körperschaftsteuer getroffen, die indirekt eine weitere Vorausbelastung des Einkommens aus Aktienbesitz und aus Anteilen an sonstigen Erwerbsgesellschaften darstellt. Dazu soll nun nach dem Vermögensteuergesetzentwurf eine laufende Vermögensteuer und auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag treten. Endlich unterliegt der Vermögenszuwachs der Vermögenszuwachssteuer. Mit der Vermögen- und Vermögenszuwachssteuer würde also ein Steuersystem geschaffen, das alle wirtschaftlichen Phasen erfaßt und den Besitz in abschließender und erschöpfender Weise belastet."

Ob die Parteien mit diesen Darlegungen der Reichsregierung harmonieren, werden ja die künftigen Debatten lehren!

Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 12. Sept. Vors. von Braun betont die Notwendigkeit, die Beratungen der

Steuergesetze

noch in dieser Woche zu Ende zu führen. Zur Rennwettsteuer erstattete Schriftsteller Georg **Bernhard** den Bericht des Ausschusses. Da die Regierung die Steuer für den Totalisator auf 16⅔ Prozent, für Buch auf 10 Prozent festsetzen will, beantragte der Ausschuß, sie für den Totalisator auf 20 Prozent, für die Bucher auf 14 Prozent festzusetzen.

In der Abstimmung wird die Vorlage gemäß dem Ausschußantrag angenommen. Die Totalisatorsteuer wird 20 Prozent, die Buchabgabe ebenfalls auf 20 Prozent mit 107 gegen 96 Stimmen festgesetzt.

Nunmehr folgt die Hauptbesprechung der Steuergesetze. Ein Antrag Dr. **Bergbold**, der verlangt, daß sämtliche Steuern als ein einheitliches Ganzes verabschiedet werden sollen, wird angenommen.

Oberbürgermeister **Mitzlaff** beantragt die Ausarbeitung von Vorschlägen für eine **Neuorganisation der Steuerbehörden** dergestalt, daß die Organisationen der Länder, Gemeinden und anderer Selbstverwaltungskörper für Reichszwecke nutzbar zu machen sind. Der Antrag wird angenommen.

Arbeitgebervertreter Dr. **Henke** beantragt die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperschaften, soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, zu streichen. Antrag Henke wird an den Ausschuß verwiesen.

Die „Erfassung der Goldwerte"

wird nach wie vor von der **Sozialdemokratie** zu einem Programmtag ihrer Politik gemacht. Wie in dieser Frage die Sozialdemokraten zu taktieren gedenken, zeigt eine neuerliche parteioffizielle Auslassung, die dahingeht, daß die Sozialdemokraten unter keinen Umständen an die Beratung der neuen Steuervorlagen herantreten werden, wenn nicht zuvor die Frage der Erfassung der Goldwerte grundsätzlich entschieden ist!

Man weist darauf hin, daß diese Haltung schon von dem Vorsitzenden der mehrheitssozialdemokratischen Partei, Otto **Wels**, auf dem Berliner Parteitag der Mehrheitssozialdemokraten ausgesprochen worden ist, und man fügt hinzu, daß der Görlitzer Parteitag zweifellos denselben **Standpunkt einnehmen** werde. Mit dieser Stellungnahme begibt sich die Sozialdemokratie von vornherein in eine ausgesprochene Kampfstellung gegenüber den bürgerlichen Parteien.

Das Hausgehilfengesetz.

Fertigstellung des Entwurfs.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben:

Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, der auf Grund der Vorarbeiten des Arbeiterrechtsausschusses beim Reichsarbeitsministerium unter Beteiligung der Interessenverbände ausgearbeitet worden ist, hat kürzlich dem Reichskabinett vorgelegen und soll demnächst dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugehen.

Der Entwurf umfaßt das Hauspersonal in weitem Umfange, soweit es nicht zu den Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehört. Nicht zu den Hausgehilfen rechnet jedoch grundsätzlich, wer außer der Arbeit im Hause landwirtschaftliche Arbeit leistet oder überwiegend in anderer Weise, namentlich gewerblich, beschäftigt ist. Hinsichtlich der Arbeitsdauer der Hausgehilfen sucht der Entwurf zwischen den widerstreitenden Meinungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu vermitteln, indem er eine dreizehnstündige Arbeitsbereitschaft sowie angemessene Ruhepausen und Freizeiten vorsieht. Der Entwurf schreibt ferner zwecks Feststellung der Identität nach österreichischem Vorbild für die Hausgehilfen den Besitz eines Personalausweises vor, der in den Händen des Hausgehilfen bleibt und dessen Ausstellung grundsätzlich nicht verlagt werden darf.

Den Besonderheiten der Länder ist weitgehend Rechnung getragen. Den Ländern ist die Einführung der Schriftform des Arbeitsvertrages der Hausgehilfen sowie die Einrichtung einer Hausdienstaufsicht durch partiätische Hausdienstausschüsse überlassen. Letztere sollen im allgemeinen nur auf Antrag einschreiten. Weitere Vorschriften betreffen den Kinder- und Jugendlichenschutz, die Rechtsverhältnisse der nicht in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Haushaltsarbeiter, die Stellung der Hausfrau und der Hausfrauenvereine sowie die Schlichtung von Streitigkeiten. Der Entwurf wird demnächst im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

Vergnügungsfahrten des Ortskommandanten.

Ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel dafür, in welch nichtachtender Weise die französische Besatzungsbehörde die amtlichen deutschen Stellen behandelt, gibt, wie aus Düsseldorf berichtet wird, die Beschlagnahme des Dienstkraftwagens der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, die Anfang Mai erfolgte und trotz aller Bemühungen der verschiedensten deutschen Behörden bisher nicht aufgehoben ist. Gleichzeitig mit der Beschlagnahme des Kraftwagens wurde der Kraftwagenführer der Landesversicherungsanstalt der 4. Kavallerie-Division zugeteilt. Das beschlagnahmte Auto wird lediglich zu Vergnügungsfahrten des französischen Ortskommandanten und seiner Frau nach Godesberg, Koblenz, zum Laacher See usw. benutzt, und da es stets im Freien steht, leidet es natürlich sehr unter der Witterung. Der Kraftwagen ist aus Mitteln der Landesversicherungsanstalt angeschafft, und da diese nach der Reichsversicherungsordnung nur für die gesetzlich vorgeschriebenen oder zugelassenen Zwecke verwendet werden dürfen, ist der Vorstand der Landesversicherungsanstalt, der für getreue Geschäftsverwaltung wie Vormünder ihren Mündeln haften muß, nicht in der Lage, die Verwendung des Kraftwagens zu anderen als dienstlichen Zwecken zu verantworten. Obendrein muß die Landesversicherungsanstalt auch **das Gehalt des Kraftwagenführers mit 21 000 Mark pro Jahr** während der Zeit, da der Wagen der Versicherungsanstalt entzogen ist, weiter bezahlen.

Die französische Besatzungsbehörde verschafft also aus Mitteln der deutschen Sozialversicherung ihren höheren militärischen Chargen die Gelegenheit zu Vergnügungsreisen und fragt nicht danach, ob dadurch der geregelte Betrieb eines der wichtigsten sozialen Institute in die Brüche geht. **Das Vergnügen** der hohen französischen Offiziere ist ja auch wichtiger als die Abwickelung der Dienstgeschäfte einer deutschen Behörde und das Wohl der deutschen Arbeiterschaft.

Aus dem Reiche.

Statt Aufhebung: Verschärfung.

Anstelle der Aufhebung der Sanktionen, die für 15. September in Aussicht gestellt war, ist seit einigen Tagen an der Zollstation Höchst a. M. **eine erhebliche Verschärfung der Kontrolle eingetreten.** Den französischen Beamten helfen nunmehr bei der Durchsicht des Reisegepäcks **schwarze oder braune Soldaten.**

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: In den Zügen des besetzten Gebietes üben die Alliierten jetzt eine **scharfe Kontrolle** aus. Die Reisenden tun daher gut, sich daran zu erinnern, daß nach Art. 2 der Verordnung 3 der Interalliierten Rheinlandskommission alle Personen über 14 Jahre sich im Besitze eines Personalausweises befinden müssen, der jederzeit auf Verlangen den alliierten Kontrollorganen vorgelegt werden muß.

England gegen die Demokratie.

Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei wird nicht in Köln stattfinden. Die Verhandlungen zwischen dem Hauptgeschäftsführer der Partei Herrn Dansen und dem Vertreter der englischen Regierung im Verbandsausschuß, Oberstleutnant Pigot, haben ergeben, daß die Kommission die Abhaltung des Demokratischen Parteitages in Köln nicht für erwünscht erachtet, da eine Ueberwachung des Parteitages durch britische Offiziere sich nicht werde umgehen lassen und dadurch eine empfindliche Beschränkung der Redefreiheit schon moralisch gegeben sei. Es sei aber auch sowohl im Interesse der Partei wie der Kommission erwünscht, daß irgendwelche politischen Schwierigkeiten, wie sie sich nach etwaigen Angriffen gegen die Besatzungsbehörden ergeben müßten, vermieden würden.

Erschreckende Zahlen.

Professor Grupp, der bekannte Nervenarzt und Lehrer an der Universität Tübingen, richtet an das Gewissen des deutschen Volkes einen dringenden Aufruf:

Durch die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Zahlungsforderungen der Feinde nach Möglichkeit zu erfüllen. Freilich ist damit noch nicht entschieden, wer im deutschen Volke nun bezahlen soll. Man hat uns gesagt, daß wir künftig jährlich 2 Milliarden Papiermark an unsere Gegner zu bezahlen haben, wenn wir die jetzt übernommenen Verpflichtungen einhalten wollen. Wo sollen wir das Geld hernehmen? Wir dürfen uns an Nährböden nicht das entziehen, was für die Erhaltung des Volkes unbedingt notwendig ist, aber um so mehr müssen wir auf alles verzichten, was irgendwie Genuß und Luxus bedeutet. Dazu gehören vor allem Alkohol und Nikotin. Das deutsche Volk hat 1920 über 2 Milliarden für geistige Getränke und fast ebensoviel für Tabak ausgegeben. Klingt es nicht wie Hohn, wenn man bedenkt, daß das deutsche Volk soviel für ausländischen Alkohol ausgibt, wie es an Opfergaben von menschenfreundlichen Quäkern in Amerika und England empfängt für seine hungernden Kinder?

„Die Verunreinigten".

Die kommunistische Abgeordnete Frau Wolfstein ist aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten und bleibt vorläufig als „Wilde" im Reichstag. Den gleichen Schritt hat bereits vor einiger Zeit der kommunistische Abgeordnete Tender unternommen, so daß es jetzt drei kommunistische Richtungen allein im deutschen Reichstage gibt. — Die erste Richtung verkörpern die vier aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Levi, Geyer, Dümell und Reich, die zweite wird von beiden kommunistischen „Wilden" gebildet und zu der dritten Richtung verbleiben die übrigen Kommunisten, zu denen noch der Abg. Herzfeld (Wedding) gehört, der von seinem Wahlkreis vor wenigen Wochen als unfähig zur Bekleidung öffentlicher Aemter erklärt wurde.

Kurze Nachrichten.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten wurde vom Reichsminister des Innern das in Berlin-Friedenau erscheinende antisemitische „Deutsche Wochenblatt" für 10. bis 23. Sept. verboten.

Vom 1. Januar 1920 bis 1. Juni 1921 sind aus Bromberg 20 460 Deutsche ausgewandert und 24 [illegible] Polen zugezogen, so daß heute 58 500 Polen 31 [illegible] Deutschen gegenüberstehen.

Der Rotterdamsche „Courant" meldet aus London, daß in sämtlichen höheren Lehranstalten Londons ab 1. Oktober wieder die deutsche Sprache als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt wird.

Ausland.

Polen.

Verzweifelte Wirtschaft.

Ministerpräsident Witos hat dem Staatschef das Entlassungsgesuch des gesamten Kabinetts unterbreitet. Zur Begründung weist Witos auf die sich häufenden Schwierigkeiten des polnischen Staates im Innern wie im Aeußeren hin, die eine sachliche Zusammenarbeit der Oeffentlichkeit und vor allem im Sejm-Parteien **mit der Regierung erfordern. Diese Zusammenarbeit, die die schärfste, aber doch sachliche Kritik nicht ausschließe, habe die Regierung nicht mehr gefunden.**

Die chinesische Mauer.

Die „Lodzer Freie Presse" veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Kosten, die ein Paßvisum in Polen verursacht. Für eine Reise nach Belgien bezahlte es bis vor kurzer Zeit 26 Franken, heute [illegible] 200 Franken, das sind 30 000 polnische Mark, nach Schweden bezahlte man vor einer Woche 7000, jetzt aber 20 000 polnische Mark. Die Gebühren für die Visa wurden entsprechend den von den polnischen Konsuln in Brüssel und Stockholm für nach Polen reisende Belgier und Schweden erhobenen Beträgen erhöht. Das deutsche Blatt sagt, daß die neu eingeführten Taxen für Pässe und Visa fast einem vollkommenen Verbot der Rückkehr ins Ausland gleichkommen. Ein polnischer Paß in London kostet über [illegible] Pfund Sterling als Gegenleistung für das verteufelte polnische Visum, auch Belgien fordert 4 Pfund für

---

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Abt.

(Copyright 1915 Greiner u. Comp., Berlin.)

30. (Nachdruck verboten.)

Da wandte sie den Kopf herum. Er sah ihr Zusammenschrecken, sah den heißen Brand, der ihr in die Wangen stürzte und sah auch, wie sie im nächsten Augenblick sich in der Gewalt hatte. Als er vollends herangekommen, war sie ganz ruhig und erwiderte ernst, doch freundlich seinen Gruß.

Ein paar Sekunden stand er stumm vor ihr. Nun hatte ihn das Wiedersehen doch überwältigt, so daß er meinte, das erste Wort, das jetzt von seinen Lippen käme, müßte das verzweifelte „Käthe" sein — „wiederkommen sollst du, Käthe!"

Als er dann doch sprach, klang seine Stimme schroff und rauh. „Ich hätte mir's nicht von selbst erlaubt, aber mein Onkel verwies mich an Sie um Auskunft darüber, wie Sie hierher gekommen sind."

Sie sah ihn fast ängstlich an. Dann glitt ihr Blick zur Seite.

„Wie ich hierher kam — oh, das war so plötzlich — Herr Müllerhof hatte mir schon früher einmal angetragen, bei ihm in Stellung zu treten, und Mutter könnte sich im Haushalt auch nützlich machen — aber da — kannt' ich nicht — dann aber, wie ich einmal abends nach Haus kam, war Mutter was zugestoßen — eine Ohnmacht — und da der Todesschrecken und die Angst — nicht einen Tag hätt' ich sie mehr allein gelassen! Und da schrieb ich an Ihren Onkel — und alles ging dann ganz schnell — und Mutter, wie die sich erholt hat! Ordentlich wieder jung geworden" —

„Die auch!" Sein Lachen höhnte wieder. „Ja, ja der Dunghrommen! Und nun sind Sie natürlich dem Onkel Jobst von ganzem Herzen dankbar."

„Von ganzem, ganzem Herzen!"

Mit gefalteten Händen stand sie wie die verkörperte Inbrunst da, und jetzt riß sich ihm der Qualschrei von den Lippen:

„Käthe! Nur das nicht! Mir steht ja kein Recht zu. Aber — nur das nicht, Käthe!"

„Was — nicht?" Ihre Stimme war nur noch ein flüsternder Hauch, und das Feuer brannte wieder auf ihren Wangen empor. Da hatte er ihre Hände in die seinen gerissen. —

„Käthe, was hat er Ihnen vorhin gesagt?! Ich soll Sie selber danach fragen, hat er gewollt."

„Das hat er gewollt — daß Sie mich danach fragen?!" — Wieder in dem flüsternden Hauch die tiefe Inbrunst, die ihm die letzte Besinnung raubte. Seine Hände rissen schmerzhaft an den ihren. —

„Ja, er hat's gewollt. Und jetzt will ich's! Will's wissen mit dem Recht, das ich mir einmal von deinen Lippen geküßt: was hat er dir gesagt, auf das hin du ihn so glückselig angesehen?"

Nun hoben sich ihre Lider zu den seinen und das Lächeln, von dem er sprach, überfonnte ihr Gesicht mit Strahlenglanz. —

„Kopf hoch, Kindl hat er gesagt. Wenn er ein ganzer Kerl aus eigener Kraft geworden ist, kommt er auch wieder."

Er starrte sie an. — „Wenn er ein ganzer Kerl — kommt er auch — — Käthe! Wer — wer kommt wieder?"

„Du! Du!" lubelte sie und meinte sie und lag mit gebreiteten Armen an seiner Brust.

„Käthe!" Ein Stimmenschmettern, und dann hatte er sie hoch vom Boden emporgehoben. — „Käthe, in der Luft will ich dich küssen, denn die Erde trägt ja so viel Glück nicht!"

„Meines nicht?" fragte sie, und zu den tränennassen Augen lachte im Grübchen der Schelm.

„Meins — oder deins — das gibt's jetzt gar nicht mehr. Es gibt nur noch eins, und das ist unser!"

Und dann schob er sie plötzlich an den Händen weit von sich. —

„Und der Onkel Jobst — der soll nun ganz leer ausgehen?"

„Er geht nicht leer aus, denn ich hab' ihn von ganzem, ganzem Herzen lieb, wie einen Vater."

„Und ich erst!" drängte der Glückliche. „Und das wollen wir ihm sagen. Laß uns laufen, Käthe, daß wir's ihm sagen!"

Hand in Hand, heiß und atemlos vom jagenden Laufen, kamen sie auf die breite Freitreppe, wo der Onkel hin und her schritt.

Der Neffe war zuerst bei ihm.

„Onkel Jobst, alles, was ich dir vorhin gesagt und zugetraut hab', die ganze Hundsgemeinheit, ich nehm's zurück! Denn, wär's auch keine Hundsgemeinheit gewesen, umgebracht hätt' ich dich doch."

„So, umgebracht? Halt du dir dafür auch schon eine sicher wirkende Mixtur patentieren lassen, Doktor?"

„Das weißt du auch schon, Onkel Jobst? Da, wo ich bern" —

„Ein bißchen sozusagen unter Polizeiaufsicht? Na ja, gewissermaßen, denn ganz und gar soll man Kinder und Narren nicht sich selber überlassen. Aber — du hast's ja so weit auch ganz gut allein geschafft und — das freut mich, Junge."

Mit herzhaftem Druck nahm er des Neffen Hand fest in die seine.

„Du lieber Onkel Jobst!" sagte Käthe, und drückte seine Hand an ihre Lippen.

Zärtlich strich er über die blonden Flechten.

„Na ja, mein Döchting. Und nun soll uns Mutter mal was Feines zu essen machen, denn der Verlobungs- und Doktorschmaus zusammen — da soll's doch nicht nur Eisbein mit Sauerkohl."

— Ende —

...Visum, wenn die Reisenden sich dort aufhalten wollen. Für die Durchfahrt allein kostet das Visum 4 Franken. Die Reise von London zweiter Klasse zur Zeit erheblich billiger als Paß und Visum, die zusammen ungefähr 65 000 polnische Mark kosten.

Oesterreich.

Im Völkerbund.

Zum ersten Male kam Montag in der Genfer Völkerbundsversammlung ein Vertreter der im Kriege unterlegenen Gruppe zu Wort, und zwar der Vertreter Deutsch-Oesterreichs, Graf Mensdorf, der bereits im vorigen Jahre an den letzten Sitzungen des Völkerbundes teilgenommen hat. Mensdorf, der auch Französisch spricht, wurde mit Beifall begrüßt. Seine Rede war vorsichtig und bildete ein Gegenstück zu der Rede Nansens am Vortage, worin dieser das Land Rußland schilderte. Mensdorf entwarf ein Bild der großen Schwierigkeiten, unter denen das österreichische Volk lebe.

Die Reise des Finanzministers zur Erlangung eines Kredits wurde von Erfolg gekrönt. Die Verbandsländer sollen bereit sein, vorläufig einen Kredit von fünf Millionen Pfund Sterling zu gewähren.

Frankreich.

Schlappe in Algerien.

Die Havas aus Budenib in Algier meldet, hat ein Häuptling an der Spitze einer Harka von 600 Mann einen Einbruch in die französischen Linien unternommen und ist bis 15 Kilometer westlich von Aisch gekommen. Dann wurde er durch französische Angriffe zurückgeschlagen. Eine mobile Truppe ist von Budenib nach Aisch zur Verstärkung abgegangen, da man einen neuen Angriff erwartet.

Irland.

Vom Völkerrechtstag anerkannt.

Der dritte Ausschuß des Internationalen Kongresses für Völkerrecht nahm eine Entschließung des Inhalts an, daß das irische Volk eine eigene Nation bilde, die vermöge ihrer geschichtlichen, geistigen und moralischen Kräfte in der Lage sei, ihr Schicksal selbständig zu bestimmen. Großbritannien habe kein moralisches Recht, das irische Volk zu zwingen, auf Grund der kommerziellen und militärischen Opportunität auf seine Unabhängigkeit zu verzichten.

Vereinigte Staaten.

Das kommt davon.

Auf dem allgemeinen Kongreß aller Negerrassen in Brüssel ereignete sich ein bemerkenswerter Vorfall. Eine Frau Curtis berichtete, daß man in ihrer Heimat Liberia die große Bedeutung der Tatsache zu würdigen wisse, daß der Freistaat Liberia zu den Nationen gehört, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet hätten. Dadurch, daß Liberia vom Verband zu diesem Akt herangezogen worden sei, habe sie ausdrücklich die völlige Gleichberechtigung der weißen und farbigen Rassen zugestanden. Ein Vertreter der Farbigen in den Vereinigten Staaten führte darauf aus, daß 12 Millionen Farbige in Amerika dem Kongreß ihre Grüße übermittelten und erklären ließen, sie beständen auch in Amerika auf völliger Gleichberechtigung aller Rassen.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 13. September.

— **Die nächtliche Sicherheit in Gevelsberg** hat in letzter Zeit unter der Tätigkeit „schwerer Jungen" eine bedauerliche Abnahme erfahren. Dreiste Einbrüche häufen sich. In anderen Fällen ist es beim Versuch geblieben, weil die Wachsamkeit bzw. Vorsicht der Bewohner oder das Vorhandensein von Hunden die Diebe verscheuchte. So hat man letzter Tage in mehreren Gärten Geräusche gehört und verdächtige Personen gesehen. Inhaber von Villen oder alleinstehenden Häusern mögen besondere Schutzmaßnahmen auf ihrem Grundstück ergreifen, und strenge Obacht üben. Sobald eine strafbare Handlung festgestellt wurde, ist unverzüglich die hiesige Kriminalpolizei (Ferruf 159) zu benachrichtigen, welche alle Vorbereitungen zur Ermittlung der Täter getroffen hat. Denn nur dann, wenn die Verfolgung sogleich aufgenommen werden kann, besteht Aussicht, die Beute — darauf kommt es doch an! — wieder herbei zu schaffen.

— **Autobrände.** In der Nacht zum 10. d. M. verbrannte bekanntlich auf der Landstraße Milspe-Schwelm, in der Nähe der Ziegelei, ein Personenauto einer hiesigen Firma in Vogelsang. Es blieben nur die Eisenteile übrig. Am 9. Sept. nachmittags verbrannte in der Nähe der Nachtenbecke ein Lastauto der Firma Stoeken u. Schmitz-Gevelsberg. Das Auto war mit einigen Fässern Benzol beladen. Es gelang mit Hilfe mehrerer Personen, die Fässer noch abzuladen und so ein noch größeres Feuer abzuwenden. Auch von diesem Auto blieben nur die Eisenteile übrig.

— **Das Kellergewölbe durchgestemmt** wurde vorige Nacht bei einem Einbruchsversuch gegen das Uhren- und Juwelengeschäft von Boeck hier an der Mittelstraße. Wie die Spuren ergaben, drangen der oder die Täter von der Schillerstraße aus durch die Hintergärten an das Grundstück heran, brachen ein Kellerfenster auf, stiegen ein und bahnten sich durch Türen und lagerndes Gut einen Weg zu dem Raum unterhalb des Boeckschen Ladens. Hier wurde mit einer Brechstange das etwa 60 Zentimeter starke gemauerte Kellergewölbe aufgemeißelt, wobei man an einer Stelle auch wirklich bis an den Fußboden des Ladens vordrang. Vermutlich war aber doch die Zeit zu kurz und die „Arbeit" bei der Gewölbestärke des alten Hauses zu schwer. Jedenfalls entfernten sich die Einbrecher unverrichteter Dinge auf dem Wege, dem sie gekommen waren, im Keller eine erhebliche Verwüstung hinterlassend. Von den Hauseinwohnern hatte niemand etwas von dem Einbruch gemerkt, sodaß man erst heute vormittag beim Betreten des Kellers die Bescherung sah. Die sofort mit Einsatz eines Spürhundes eingeleitete Polizei konnte die Fährte nur bis zum Clowe Ufer verfolgen, wo sie sich leider infolge des einsetzenden Regens verlor. Sachdienliche Beobachtungen zur Tat werden an die hiesige Kriminal-Abteilung (Wache) erbeten.

— **Aus verkauft.** Zur Anzeige gelangte eine hiesige Privatperson, weil sie Fleisch von einer an Krankheit verendeten Ziege unter Verschweigung der Herkunft (Nahrungsmittel-Fälschung) an eine andere Person zum menschlichen Genuß gegen Entgelt abgegeben hat.

— **Gasmasken-Beschaffung.** Ein Vertreter der Firma F. Ad. Müller Söhne, Wiesbaden, wird 15. bis 22. Okt. in der Hagener Augenklinik, Grünstraße, anwesend sein, um künstliche Augen für die Kriegsbeschädigten usw. anzufertigen und einzusetzen. Anträge auf Lieferung künstlicher Augen durch die Firma Müller an diesen Tagen sind umgehend bei der hiesigen Amtlichen Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen anzubringen.

— **Wenn das Gewerbe Kohlen braucht.** Anläßlich eines Einzelfalles weist der Minister für Handel und Gewerbe darauf hin, daß bei Wünschen und Beschwerden der Fabriken usw. wegen Kohlenbelieferung in erster Linie die zuständigen Kohlenwirtschaftsstellen und nicht die allgemeinen Verwaltungsbehörden in Anspruch zu nehmen seien. Jedenfalls ist dieser Weg zweckmäßiger und führt in der Regel schneller zum Ziel. Die Kohlenwirtschaftsstelle ist diejenige behördliche Stelle, die gemäß § 113 der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz dafür geschaffen worden ist, Wünsche und Beschwerden der Verbraucher entgegen zu nehmen und an der zuständigen Stelle, soweit notwendig, zu vertreten. Die Kohlenwirtschaftsstelle ist da, wo sie gleichzeitig Aufgaben des Reichskohlenkommissars ist, außerdem in der Lage, häufig aus eigener Kraft Aushilfe abzustellen.

* **Hasslinghausen**, 12. Sept. (Gemeindevertretung.) Die versuchsweise Anstellung einer Gemeindeschwester wurde beschlossen. Die Besoldung soll nach Gruppe 5 erfolgen, ferner sollen 5 Besoldungsdienstjahre angerechnet werden. Die Gemeindevertretung wies die gegen den Amtshauptschöffenbürgermeister Niederteberg gemachten Angriffe als unbegründet zurück. Die Reparaturarbeiten an der Schule Hobeuken und Uelendahl wurden vergeben.

* **Milspe**, 13. Sept. (Das Gericht verlangt Pünktlichkeit.) Eine unangenehme Ueberraschung erlebte gestern eine Frau B. vor der Ferienstrafkammer in Hagen. Sie war als Angeklagte geladen, aber zur festgesetzten Stunde nicht erschienen. Das Gericht verhängte infolgedessen einen Haftbefehl. Als die Angeklagte eine Stunde später erschien und sich nicht hinreichend zu entschuldigen vermochte, wurde sie sofort festgenommen.

Veranstaltungen.

Dienstag, 13. September.

Tonbild-Theater: Abs. 8 Uhr neues Programm.

Gewerkschaftsbund der Angestellten: Abs. 8 Uhr Monatsversammlung bei Rosendahl.

Kreis-Rinderschau.

Schwelm, 12. Sept. Es war ein Wagnis, wenn der Landwirtschaftliche Kreisverein Schwelm in seiner letzten Sitzung den Beschluß faßte, in diesem Jahre wieder wie vor dem Kriege eine Tierschau abzuhalten. Samstag nachmittag war auf dem zur Abhaltung der Schau ausersehenen Platze am Friedrichsbad das Rindvieh in stattlicher Zahl herbeigeführt worden. Früher durfte zur Prämiierung nur tuberkulinfreies Vieh ausgestellt werden. In diesem Jahre hatte man unter Berücksichtigung der Verhältnisse auch schwarz-buntes zugelassen. Man hörte, daß trotz des reichen Auftriebes zur Schau noch sehr viel Vieh auf den Weiden und in den Ställen zurückgehalten worden ist, weil mancher die Mühe der Herbeiführung der Tierscheue und weil die abgelegenen Teile unseres Kreises — Amt Sprockhövel — wegen der Entfernung vom Ausstellungsort fast gar nicht vertreten sein konnten. Im ganzen zählte man 136 Stück, nämlich 21 Bullen, 70 Kühe, 40 Rinder und 5 Kälber. An Preisgeldern waren aus verschiedenen Kassen (der Provinzial- und örtlichen Verein 4000 Mark gestiftet worden. Das Preisrichterkollegium wurde gebildet aus Direktor Brentenhagen I, W. (Vorsitzender) und den Landwirten Hugo Heitenbeck, Fritz Himmelmann-Langerfeld und Julius Göbelsmann-Flodenhaus.

Nachstehenden Besitzern wurde ein Preis zuerkannt:

1. Kühe, schwarzbunt: 1. Preis Ewald Hiby, Dellwig; Paul Lehmann, Oberberge; 2. Pr. Fritz Dürholt am Dürholt; Jul. Brackelsberg, Gevelsberg; 3. Pr. Gust. Braselmann, Schulenhof; Paul Lohmann, Oberberge; 4. Pr. Gerh. Michels, Bransel; Fritz Dürholt, am Dürholt; Emil Steinbrink, am Steinbrink; Kasp. Hoppmann, Gevelsberg.

2. Kühe, rotbunt: 1. Preis Heinr. Wagner, Milspe; Herm. Küper, Altenberg; 2. Pr. Fritz Schröring, Bördede; Theodor Helterberg, Milspe; 3. Pr. Otto Schmale, Bahnhäuschen; Hugo Göbelsmann, Halzenbecke; 4. Pr. Helmrich Abel, am Dürholt; Jul. Göbelsmann, Flockenhaus; Fritz Withers, Ebbinghausen; Fritz Schröring, Bördede; Friedr. Himmelmann, Langerfeld; Wilh. Gräfe, Ischebecke b. Boerde; Friedr. Clever, Boerde.

3. Rinder, schwarzbunt: 1. Preis Emil Saure, Gevelsberg; Aug. Mühlinghaus, Haßlinghausen; 2. Pr. Hugo Göbelsmann, Halzenbecke; Geschw. Plasmann, am Hede; 3. Pr. Gust. Braselmann, Schulenhoff.

4. Rinder, rotbunt: 1. Preis Aug. Potthoff, Drewe; Kasp. Langwieler, Linderhausen; 2. Pr. Ewald Göbelsmann, Geninghausen; Kasp. Dahlmann, Ehrenberg; 3. Pr. Friedr. Clever, Boerde; Hugo Göbelsmann, Halzenbecke; Emil Steinbrink, Steinbrink.

5. Bullen, schwarzbunt: 1. Preis Jul. Schmahl, Hugel; 2. Pr. Gerh. Michels, Bransel; 3. Pr. Fritz Sigel, Einern.

6. Bullen, rotbunt: 1. Preis Herm. Ranft, Winterberg; 2. Pr. Adolf Langwieler, Oesinghausen; 3. Pr. Heinr. Abel, Dürholt.

7. Familienzucht: 1. Preis Fritz Dürholt, am Dürholt; 2. Pr. Gust. Braselmann, Schultenhof; 3. Pr. Wwe. Aug. Frielinghaus, Nächstebreck.

Stenographentag.

Der Rheinisch-westfälische Stenographenbund Stolze-Schrey hielt Samstag und Sonntag im Städtischen Saalbau zu Essen einen gut besuchten Bundestag ab. Die Verhandlungen leitete Rektor Friedgen, Düsseldorf. Im letzten Jahre sind in Rheinland 30 Vereine mit 713 Mitgliedern, in Westfalen 28 Vereine mit 623 Mitgliedern, insgesamt 58 Vereine mit 1336 Mitgliedern neugegründet worden. Am Sonntag fand zunächst ein großes Wettschreiben statt, an dem über 1100 Personen teilnahmen. Die höchsten Leistungen erzielten bei 420 Silben in der Minute Hauptlehrer Frangen, Gummersbach, Bureauvorsteher Bullmann, Köln, Lehrer Hidde, Sieker b. Bielefeld.

In der Hauptversammlung hielt der Vorsitzende des Stenographenverbandes Stolze-Schrey, Direktor der Telegraphen-Union, Max Bäcker-Berlin, einen Vortrag über: „Die Zukunft der deutschen Kurzschrift". Redner führte aus: „Während des Krieges und auch nachher hat die Wertschätzung der Kurzschrift beträchtlich zugenommen. Das zeigt sich unter anderem in der Einrichtung stenographischer Prüfungsämter bei fast allen deutschen Handelskammern, in der endlich nach langen Bemühungen erreichten wahlfreien Einführung der Kurzschrift in die höheren preußischen Lehranstalten, in den Aufwendungen mancher Städte für den Kurzschrift-Unterricht in ihren Volksschulen und in den eifrigen Bemühungen des Reichsministeriums des Innern um das Zustandekommen einer deutschen Einheitskurzschrift. Dagegen wird im staatlichen Beamtenkörper von der Kurzschrift noch lange nicht ein zweckentsprechender und ausreichender Gebrauch gemacht. Mit der Anstellung von Schreibdamen ist es nicht getan, sondern die Beamten müssen in der Lage sein, bis in die höchsten Stellen hinauf bei ihren Arbeiten und Entwürfen sich selbst der Kurzschrift zu bedienen. — Den vollen Nutzen könne die Kurzschrift erst bei einer Vereinheitlichung schaffen. Leider sei auf die baldige Erreichung dieses Zieles bei der Eigenbrödelei einiger Staaten nicht zu rechnen. Preußen werde wohl zunächst allein vorgehen müssen; hier habe Stolze-Schrey durch die Verbreitung, die es aus eigener Kraft gewonnen habe, die größte Anwartschaft; dem preußischen Beispiel würden sicher die meisten Staaten folgen. Dann müßte der amtliche Vergleich der Unterrichtserfolge in diesen Staaten einerseits, in Bayern und Sachsen anderseits die endgültige Entscheidung bringen.

In den Bundesvorstand wurden einstimmig gewählt bezw. wiedergewählt: Rektor Friedgen, Düsseldorf, Bureauvorsteher Neumeister, Essen-Dellwig; Korrespondent Grasse, Elberfeld; Bureauvorsteher Borgmann, Bochum; Bureauvorsteher Dammitt, Worth b. Büderich, Kreis Moers und Knappschaftsbeamter Koch, Bochum. Als Tagungsort der nächsten Bundesversammlung wurde Oberlohn gewählt.

Westfalen und Rheinland.

* **Langerfeld**, 12. Sept. (Sittlichkeitsvergehen.) Lehrling A. von hier gelangte wegen Verbrechens gegen den § 176 des Reichsstrafgesetzbuches zur Anzeige. — (Diebstahl.) Dem Händler R. wurde ein wertvoller Brillantring gestohlen. Der Dieb, Arbeiter B. von hier, konnte ermittelt und der Ring dem Eigentümer ausgehändigt werden.

* **Haspe**, 12. Sept. (Eine Belohnung von 1000 Mark) sichert die Konsumgenossenschaft Vorwärts allen denen zu, die bei Einbrüchen in die Verkaufsfilialen der Gesellschaft die Täter ermitteln oder soweit namhaft machen können, daß die gerichtliche Verfolgung erfolgen kann. — (Infolge Kurzschlusses) im Widerstand eines Motors entstand Freitag nachmittag ein Brand. Es bildet sich eine Stichflamme, die unglücklicherweise gerade in einen Oelbehälter hineinging, diesen zur Explosion brachte und in Brand setzte. Der Mechaniker des Anlassers erlitt erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Der Motor ist ausgebrannt, der Schaden geht in die Hunderttausende. Auch der Dachstuhl geriet in Brand und wurde zum Teil zerstört.

* **Haspe**, 13. Sept. (Der reiche Reisefonkel.) Aus Mitleid lud ein verheirateter Geschäftsreisender eine bessere „Dame" ein, die er in Hagen kennen lernte. Sie gab sich als die Nichte eines dortigen Pastors aus und klagte dem Herrn, daß sie sich mit ihrer Familie entzweit und kein Unterkommen habe. Der Reisende war von der Erzählung so gerührt, daß er sich erbot, ihr für die nächste Nacht Unterkommen zu gewähren. Er fuhr mit seiner Bekannschaft hierher und mietete in einem Hotel auch ein Zimmer für seinen Schützling. Dieser hatte nun abends, als der Leichtgläubige für kurze Zeit sein Zimmer verlassen hatte, sich eingeschlichen und ihm die Brieftasche mit 1100 Mark Bargeld und sämtliche Ausweispapiere gestohlen. Es handelt sich um eine Frauensperson, die erst eben aus dem Gefängnis entlassen ist.

* **Oberbestigge**, 12. Sept. (Ueber den bereits gemeldeten Zusammenstoß) Freitag vormittag im hiesigen Bahnhof verlautet noch: Personenzug 1076, welcher 11 Uhr 15 Minuten von Brügge über Halver nach Barmen-R. fährt, lief ziemlich pünktlich ein, während hier im Bahnhof ein Güterzug rangierte. Der Lokomotivführer des Personenzuges (ein Reichsbeamter) überfuhr das Haltesignal und prallte grade am Bahnübergang mit dem Güterzug zusammen. Die Lokomotiven wurden ganz erheblich beschädigt, die Puffer waren eingedrückt und verbogen. Auch Personenwagen erlitten nicht unerhebliche Beschädigungen, ihrer fünf waren aus dem Gleise gesprungen. Die Aufräumungsarbeiten erforderten einige Stunden doch konnte der Verkehr durch Umsteigen und mit Verspätungen aufrecht erhalten werden. Eine Anzahl Reisende (man spricht von 7 Personen) sowie diensttuende Beamte erlitten Verletzungen, doch waren sie fast alle leicht, vielfach waren Schädgegenüberstehende zusammen geprallt, wodurch Kopfverletzungen herbeigeführt waren. Am schwersten verletzt wurde der bei der Bahn angestellte Sänger von Halver, der nach beendetem Dienst auf der Heimfahrt begriffen war. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und vermutlich Unterleibs-Verletzungen. Mittels Wagen wurde er nach Halver in seine Wohnung transportiert. Eine Anzahl Aerzte von Brügge, Halver usw. waren zur Stelle geeilt und leisteten die erste Hilfe.

* **Wetter**, 13. Sept. (**Der silberne Straubinger.**) Von der hiesigen Polizei wurde dieser Tage ein Landstreicher festgenommen, der seit 25 Jahren sein Leben auf der Landstraße fristet und jeglicher Arbeitsleistung feindlich gegenübersteht. Bei seiner Vernehmung erklärte er, ein freier Mann zu sein, dem man es überlassen müsse, seinen Lebensunterhalt so zu fristen, wie er es für recht fände. Sein Aeußeres war so, daß er selbst von sich sagte, die Menschen und insbesondere die Kinder liefen weg, wenn sie ihn auf der Landstraße sähen.

* **Schwerte**, 13. Sept. (Aus Versehen erschossen.) Als Mitglieder eines Vereins von einer Festlichkeit kommend früh morgens Heimkehrten, gerieten sie mit Polizeibeamten in Streit, wobei auf beiden Seiten Schüsse fielen. Am Morgen fand man dann einen Mann, der an der Sache völlig unbeteiligt war, in einiger Entfernung vom Orte des Streites erschossen auf. Er war von einer Kugel getroffen worden, als er ruhig seines Weges ging.

* **Dortmund**, 13. Sept. (Uebbing verhaftet.) Der Inhaber des zusammengebrochenen Westdeutschen Sportkonzerns, Kaufmann Uebbing von hier, ist in Nienburg bei Lübeck verhaftet worden.

* **Dortmund**, 13. Sept. (Ueber den verkrachten westdeutschen Rennsportkonzern) Uebbing u. Co. verlautet noch: Die Rückzahlungen von Einlagen und Gewinnen, die erfolgt sind, dürften 78 000 Mk. nicht übersteigen. Dabei sind Rückzahlungen von Einlagen nicht berücksichtigt, die auf Drängen der Einleger vorzeitig erfolgt sind, als bekannt wurde, daß die Staatsanwaltschaft sich mit dem Unternehmen befaßte. Die Einleger sind in allen Bevölkerungskreisen zu suchen. Die Einlagen beziffern sich auf insgesamt 6½ Millionen Mark. An Wettgewinnen mag Uebbing etwa 400 000 Mk. zu verzeichnen gehabt haben. Die Schulden des Wettkonzerns Uebbing erhöhen sich auf über 12 Millionen Mk. Den Schulden sollen etwa 4 Mill. Mk. Aktiven gegenüberstehen, so daß ohne Berücksichtigung der verheißenen Gewinne sich der Fehlbetrag auf etwa 2½ Millionen Mark stellen wird. Die Zahl der Einleger beläuft sich auf mehr als 6000 Personen. Einer der erfolgreichsten Generalagenten war Friedrich Embruch in Wattenscheid, der mit seinen Unteragenten im ersten Monat seiner Tätigkeit (25. Mai bis 25. Juni) 2000 Personen fand, die ihm rund 1 900 000 Mark anvertrauten. Selbst nach Beschlagnahme der Bücher hat Embruch etwa ½ Million Mark Einlagen zusammengebracht.

* **Warendorf**, 13. Sept. (Von Dieben erschossen.) In Hemsfeld wurde der Landjäger Albrecht bei der Verfolgung von drei Fahrraddieben von diesen erschossen. Die Täter, die anscheinend aus dem Industriebezirk stammen, sind entkommen. Sie haben in Kirchhoff Fahrkarten nach Dortmund gelöst.

Gerichtssaal.

* **Grünn**, 13. Sept. (Einbruch in die katholische Kirche zu Untergrünn.) Wegen dieser Tat hatten sich der 18jährige Johann B. und Alfred K. zu verantworten. Sie sind in die Kirche eingedrungen, haben im Hinter Korsen geschlopen, Hostien gestohlen, das Tabernakel beschädigt und die Kirche in gemeiner Weise beschmutzt. Die goldenen Gefäße, auf die es anscheinend abgesehen war, sind seit längerer Zeit nicht mehr in der Kirche, sondern werden in der Wohnung des Geistlichen aufbewahrt. Mit Rücksicht auf die Schwere der Tat erkannte das Gericht gegen B. auf ein Jahr drei Monate und gegen K. auf neun Monate Gefängnis. Beide haben wegen schwerer Diebstähle schon längere Freiheitsstrafen zu verbüßen.

Vermischtes.

Falsche Kriminäler.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, wurden einem dortigen Juwelenmeister 1 200 000 Mark Wertgelder entwendet. Es handelt sich um Einlagegelder der am Weltkongreß beteiligten Mitglieder. Während der Abwesenheit des Juwelenmeisters erschienen zwei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben, in seiner Wohnung und erklärten, daß sie das Geld beschlagnahmen müßten. Später stellte sich heraus, daß

es sich bei den angeblichen Kriminalbeamten um Hochstapler handelte.

Ein Wettbankier erwischt.

Klante, der sich vor einigen Tagen wegen angeblicher Nervenzerrüttung in eine Berliner Heilanstalt flüchtete, wurde im Sanatorium „Westende" verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht. Der Staatsanwalt hat festgestellt, daß die Unterbilanz beim Klante-Konzern wenigstens 60 Millionen Mark beträgt.

In der Heilsarmee ist Meuterei ausgebrochen.

Wie holländische Blätter melden, haben 25 Offiziere der unter englischem Befehl stehenden niederländischen „Heeresgruppe" der Heilsarmee dem General in London den Gehorsam gekündigt und eine selbständige niederländische Heilsarmee gegründet. Die Abtrünnigen wollen sich die Behandlung durch den englischen Oberbefehlshaber nicht länger gefallen lassen und auch die in Holland eingehenden Geldbeträge nicht mehr nach London abliefern, da über die Verwendung dieser Summen angeblich von dem englischen Hauptquartier niemals Rechenschaft abgelegt worden ist.

Berliner Elektro-Ausstand.

Die Berliner Elektrizitätsarbeiter sind in den Streik getreten. Wegen des Streiks können die Berliner Zeitungen nicht erscheinen.

Das Ende der Sportbanken.

In Dresden sind zwei weitere große Weltkonzern-Unternehmungen in Schwierigkeiten geraten. Die Dresdener Sportbank war nicht in der Lage, mehrere Millionen auszuzahlen, die fällig waren. Der Besitzer ist flüchtig. Die Kapitalverwertungs-Gesellschaft, bei der über 50 Millionen eingezahlt worden waren, konnte 15 fällige Millionen nicht auszahlen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden die Geschäftsräume geschlossen. Beide Konzerne hatten eine hundertprozentige Verzinsung der Einzahlungen angekündigt und erklärt, die Gewinne würden nicht durch Reinbeteiligungen, sondern durch reelle kaufmännische Unternehmungen erzielt. Auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Berlin wurde Handelsanwalt Wauer in Haft genommen, welcher mit der Liquidation des Köhnkonzerns beauftragt war und in Verdacht steht, sich der Beihilfe schuldig gemacht zu haben. In den Gläubiger-Versammlungen wurden wiederholt heftige Vorwürfe gegen ihn erhoben.

Wirtschaftlicher Teil.

Von der polnischen Marine.

W. W. Es liegt ein gewisser W[illegible] den beiden Worten: „polnische Marine". Die Polen gehörten nie zu den seefahrenden Völkern, werden es auch kaum jemals werden; denn die Ueberweisung eines kurzen deutschen Küstenstreifens seitens des Verbandes an Polen macht die Bevölkerung noch nicht seetüchtig. Wenn von einer polnischen Marine die Rede ist, so müssen wir die Kriegs- und Handelsmarine und bei dieser wieder die See- und die Binnenflotte unterscheiden. Ueber die Kriegsmarine sei nur erwähnt, daß der polnische Abgeordnete Seyda im Sejm die Ausgaben für die Kriegsmarine scharf kritisierte und die Zahl von fünf Admiralen für zwei Kanonenboote beanstandete.

Die Weichsel ist gegenwärtig von der Quelle bis zum Gebiete des Freistaates Danzig polnisch; damit wäre der Bau einer leistungsfähigen Weichselflotte gerechtfertigt. Im vorigen Jahr wurden auch allerlei Ansätze nach dieser Richtung gemacht; im Jahre 1921 aber ist es davon recht still geblieben. In den ersten Septembertagen wurde dann gemeldet, daß der Schiffsverkehr infolge des andauernden niedern Wasserstandes kaum nennenswert erscheine. Zwischen Warschau und Thorn bezw. Graudenz sei nur eine spärliche Verbindung. Es bleibt also nur übrig, die polnische Handelsmarine zur See näher ins Auge zu fassen. Schon vor längerer Zeit bildete sich eine polnisch-amerikanische Schiffahrtsgesellschaft, die mehrere größere Handelsdampfer besitzt und sie unter amerikanischer Flagge nach Danzig gehen ließ. Wie jetzt verlautet, befindet sich diese Gesellschaft in Zahlungsschwierigkeiten. Auch die andere in Danzig bestehende polnische Schiffahrtsgesellschaft will anscheinend nicht recht gedeihen. Ein mit den neuesten Einrichtungen versehener Dampfer sollte bereits im Mai d. J. eingestellt werden; allein im September liegt er noch auf den Deutschen Werken in Kiel, da[illegible] daß in Danzig nur der kleine hölzerne Dampfer „Krakow" die polnische Flagge zeigt. Er wird [illegible] fleißig zu Frachtfahrten verwendet und ist 240 Reg.-To. groß. Dieser wenig imponierende Umfang dürfte in Polen kaum die Stimmung für die Flotte heben.

Es ist nicht recht verständlich, warum Polen sogar die Aufsicht über die Wasserstraßen und Hafenanlagen im Gebiete der Freien Stadt Danzig beanspruchen. Danzigs Seetüchtigkeit ist durch Jahrhunderte bewährt; Danzigs Handelsflotte nimmt eine achtunggebietende Stellung ein, und Danzigs Werften sind weltberühmt. Von Polen allein wäre dabei nichts zu fürchten; aber Frankreich hat dabei die Hand im Spiele, und wer in die polnischen Flottenpläne tiefer Einblick nimmt, weiß, daß im Hintergrunde weit ausschauende französische Pläne stehen. Danzigs Hafenanlagen sollen militärischen Plänen der Franzosen dienstbar gemacht werden.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Will. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Statt Karten!

Die glückliche Geburt eines

Sonntagsjungen

zeigen in großer Freude an

Oberregierungsrat Frohn
und Frau Hedwig
geb. Jellinghaus.

Dessau, den 11. September 192[illegible]
Mendelssohnstr. 1.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, Sonntag mittag 12¼ Uhr unseren lieben, unvergesslichen Sohn, Bruder, Enkel, Neffen und Vetter

Willi

im Alter 18 Jahren, 4 Monaten zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In tiefem Schmerz:

Familie Wilhelm Kersting.

Gevelsberg, Milspe, Schwelm und Lüdenscheid, den 11. September 1921.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. September, nachmittags 4½ Uhr, vom Sterbehause Hagener Str. 21 aus, statt.

Danksagung.

Für die Beweise inniger Teilnahme an unserem Schmerz durch das Hinscheiden unseres geliebten Söhnchens sagen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Kurt Lauterberg und Frau.

Gevelsberg, den 10. September 1921.
Klosterholzstr. 86 I.

Freiw. Sanitäts-Kolonne Gevelsberg.

Die Unfallmeldestellen
der Freiwilligen Sanitäts-Kolonne

befinden sich: 1. Reininghaus, Ufer. 2. Knops, Dörken's Fabrik, (Fahrbare Trage). 3. Höher, Zimmerstraße. 4 Krümmelbein u. Wippermann, Nirgena. 5. Schöneberg, Mittelstraße. 6. Köllmann & Vorlaender, (Fahrb. Trage). 7. Rode, Heidestraße. Alarmierung der Kolonne geschieht durch die Polizeiwache — Telefon Nr. 159.

Ehrliche Leute erhalten auf

TEILZAHLUNG

Herren- und Burschen-Anzüge, Schlüpfer, Covercoats, Regenmäntel, Cutaways, gestr. Hosen, Knaben-Anzüge, Damen-Kostüme, Damen-Mäntel, Kleider, Kostümröcke, Damenstoffe und sämtl. Manufakturwaren.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wegen Renovierung

meines Kaffee-Restaurants bleibt mein Geschäft

bis Samstag, 17. Sept., abends 6 Uhr

geschlossen

Stremme, Strandhad.

Wer nur ein einziges Mal [illegible] sich mit Rok-Seife [illegible] gewaschen hat, der möchte die zarte Frische, [illegible] Gefühl der Erfrischung nicht mehr missen. [illegible] Rok-Mandelkleie, bereitet [illegible] vorzüglich [illegible] macht die Hautnerven und Jugendfrisch. Überall erhältlich.

Frische Molkerei Natur-Butter

Pfund 32.— Mark.

Bestes Weizenmehl

Pfund 3.90 Mark.

Neues Sauerkraut

Pfund 3.40 Mark.

Braunsch. Schmierwurst

sehr schön, Pfund 28.— Mark

empfiehlt

H. C. Winkelmann

Mittelstraße 30 Mittelstraße 30.

Tonbild Theater Mittelstr. 36

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 8 Uhr:

Der Mann ohne Namen.

5. Teil in 5 Akten.

„Der Mann mit den eisernen Nerven".

Der bislang beste Teil.

Ferner der übrige Spielplan.

Einkellerungs-Kartoffeln,

tadellose sächsische Ware, werden nur waggonweise zu Mk. 55.— pro Zentner für hiesige Station abgegeben.

Interessenten wollen sich melden unter St. 666 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir eröffnen am **Dienstag, 20. Sept.** im Saale d. Herrn Wilh. Hedtstück, Mittelstr. einen

TANZKURSUS.

Anfang 8 Uhr abends.

Anmeldungen werden entgegengenommen.

Hochachtungsvoll

Geschwister Grünewald.

Nachdem Kaiser Wilhelm II. sich entschlossen hat, daß Bismarks nachgelassenes Werk dem deutschen Volke nicht länger vorenthalten bleiben soll, erscheint nunmehr

der dritte Band

von

Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

ungekürzt und wortgetreu

Ende September.

Voraussichtlicher Preis 26.40 Mk.

Ich halte die mir früher gemachten Bestellungen, falls keine Abbestellung erfolgt, aufrecht. Neue Bestellungen bitte ich umgehend zu machen, da die große Auflage in kürzester Zeit vergriffen sein dürfte.

Buchhandlung Ad. Strathmann

Inhaber: J. Knappe
Fernruf 509. Mittelstr. 47.

In 50 Tagen! Haar u. Bart [illegible]

Notar Urkunden bewiesen, 8 Jahr. erfolg. Praxis. Prosp. frei F. Kiko, Herford

Heute, morgen und an den darauf folgenden Tagen täglich eintreffend:

Frischen Schellfisch

sowie

hochfeine Fettbückinge

zu Tagespreisen.

Aug. Küster,

Ecke Mittel- u. Wittener Straße.

Heute eintreffend:

Frischer Schellfisch.

Adolf Bertram,

Telephon 698.

Ballenbretter

zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsst. d. Ztg.

Brauner Herrenhut

am Samstag nachmittag von der Bahn-Ueberführung an der Wittener Str. bis Teichstraße verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei Karl Oetlinghaus, Lerchenstr. 12

Herd

zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

1 Herren-Paletot und 1 dunkelbl. Jackenkleid preiswert zu verkaufen. Neustraße 5 III.

Schusterei-Einrichtung

Walzer, Nähmaschine, 40 Paar Leisten zu verkaufen. Zu erfr. Zimmerstr. 5.

Schwarzer Gehrockanzug low Kuchen- u. Schlafzim.-Möbel, fast neu, wegen Umzug billig zu verk. Näh. in d. Geschäft.

Nichtraucher, gut erhalt. nur **Tafelherd**

100×80 cm groß, mit Back- ofen und Warmhalten, umzugshalber abzugeben.

Frau Ernst Löwen, Milspe, Kölner Straße

la Zuchthähne

4 Stück Silberhalsel, drei Monate alt, Eltern 1. Preis Elberfeld, preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

2 fette Rinder

zu verkaufen.

Hahlinghauser Str. 221.

Eine Ziege

zu verkaufen Preis 200 Mark. Elberfelder Str. 76.

Flieger und jugendl. Arbeiter

stellt ein

Herm. Schulte.



Henko

Henkel's Wasch- Bleich- Soda

Verantwortlicher Vertreter: Henkel & Cie., Düsseldorf

Bekanntmachung.

Infolge der ab 1. Sept. gültigen neuen Kohlenpreise tritt mit Wirkung vom 1. September bezw. der jetzt erfolgenden Ablesung eine Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise ein, die sich voraussichtlich wie folgt, stellen werden:

Lichtstrom	2.25,	
Kraftstrom	1.30	je kwh,
Gas	1.20	
Wasser	0.80	je cbm

Gasmarken je Stück Mk. 1.25 mit sofortiger Wirkung.

Gevelsberg, 12. Sept. 1921.

Städt. Betriebsamt.
Der Direktor: Petz.

Tüchtiger **Feuerschmied**

für Schmiedestücke sofort gesucht von

Fried. Hünninghaus,

Abt. Hammerwerk
Gevelsberg i. W.

1 tüchtiger **Schreinergeselle**

sucht Möbelhandlung

Carl Luckay.

Für das kaufmännische Büro eines rührigen Betriebes in Milspe wird zum 1. Oktober oder früher

ein **Fräulein**

gesucht. Bewerberinnen mit mehrjähriger Bürotätigkeit bevorzugt. Angebote, denen Zeugnisabschrift beizufügen ist, werden unter R. M. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Tüchtiges **Morgenmädchen**

für kleinen Haushalt (2 Pers.) sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Morgenmädchen

gesucht.

Hahlinghauser Straße 31.

Jüngeres **Morgenmädchen**

gesucht. Heidestraße 69.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Heute abend ½9 Uhr im Saale des Bürgerhofes:

Bibelstunde

Morgen Mittwoch nachmittag 3 Uhr:

Bibelstunde

für Frauen im Pfarrhause, Schwester Dill leitend.

Mittwoch abend 8½ Uhr im Vereinshause:

Bibelkursus

P. Goldmann.

Gewerkschaftsbund der Angestellten G. D. A.

Heute Dienstag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Ev. Vereinshaus, Mittelstraße:

Monats-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht.

Der großen Wichtigkeit halber wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Der Vorstand.

Gesangverein „Gemischter Chor"

Wiederbeginn der

Proben

Donnerstag, den 22. d. Mts.

Der Vorstand.

Kontoristin,

welche stenographiert und die Schreibmaschine bedienen kann, sofort gesucht.

Briefe mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter S. 878 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Besseres, junges **Mädchen,**

welches zu Hause schlafen kann zur Erlernung der Küche und des Haushalts ohne gegenseitige Vergütung für sofort oder 1. Oktober gesucht. Dienstmädchen vorhanden. Briefe unter W. B. an die Geschäftsstelle.

Tüchtiges Mädchen,

welch's zu Hause schlafen kann, für ganz oder halbe Tage gesucht. Schulstr. 23 I.

Wegen Erkrankung des jetzigen für sof. ordentliches **Mädchen**

gesucht.

Frau Louis Willeinghaus

Schöne große **3-Zimmer-Wohnung**

sofort zu haben, wenn Einrichtung teilweise mit übernommen wird. Briefe unter R. M. an die Geschäftsst.